

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 73. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 194.
Erste Ausgabe
Mittwoch, 13. Februar 1901.
Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 152.
Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 2. Telefon Nr. 921.

Zur Steuer der Wahrheit.

Die Sozialdemokratie will bekanntlich eine Partei sein, die auf legalen Wege und mit legalen Mitteln nach einem legalen Ziele strebt, nämlich der allgemeinen Verbesserung des materiellen Wohls der sogenannten dritten Stände, des Arbeitervolkes. Dieser dieses Streben ein auf Wahrheit beruhendes, so müßte die Sozialdemokratie ihr Ziel in einem Zeitpunkt erreicht sehen, oder doch erkennen, in dem diese Ziele zu sein, wo festzustellen wäre, daß es dem Arbeiter in der That gut ginge. Nun ist aber die Lage des Arbeiters von Jahrzehnt zu Jahrzehnt besser geworden. Man vergleiche nur das Heute mit der Periode vor einem Menschenalter. Lohn, äußere Lebenshaltung, soziale Beschäftigung, ja geistiger Bildungsgrad: — Alles dies weist heute dem Arbeiter ein nicht anderes Gesicht auf als vor 20 Jahren; und dazu kommt dann die außerordentliche Förderung, die mit den staatlichen Versicherungs-Einrichtungen gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität gebracht wird. Es kann demnach kein Enthusiast leugnen, daß der Arbeiter festeren Grund hat, mit seinem Dasein verhältnismäßig zufrieden zu sein und jedenfalls die großen Verbesserungen seiner Lage seit einem Menschenalter da klar anzuerkennen. Und diese großen Verbesserungen sind ausschließlich von unseren Regierungen und von unseren Bürgerthüm durchgeföhrt worden, während die Sozialdemokratie ihrer Einführung sich fast durchweg feindlich in den Weg gestellt hat. Gleichwohl ist die Partei, welche sich die Sozialdemokratie oder Arbeiterpartei benennt, die Sozialdemokratie, in welchem Maße gebenedeit, was wahrzunehmen war, daß die gesamte Weltbeilage des deutschen Arbeiters sich heizerte. Die Partei hat es auf 57 Mandate im Reichstage gebracht, und die Zahl der bei Wahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen ist sehr groß. Diese Erscheinung wurde auffällig, wenn man mit den angeblichen Zielen der Sozialdemokratie das Vozes des Arbeiters vergleicht; sie ist aber nur naturgemäß, wenn man das Ding beim rechten Namen nennt und sich klar macht, daß der Arbeiter der Sozialdemokratie nicht auf unwürdige künstliche Erhaltung der materiellen Daseins des Arbeiters im Einklang mit den anderen Erwerbs- und Berufsständen im Staate ausgeht, sondern auf Herrschaft, und zwar nicht etwa auf Herrschaft der breiten Massen, denen man heute irdische Söhne verpricht, sondern der Parteihäupter. So geht, sofern sich die Wünsche der „Genossen“ einmal realisieren sollen, eine Art Diktatur, die von etlichen Händeln ausgeht, werden müßig, die man heute haben, besten Falls in dem Abhängigkeitsverhältnis gehalten bliebe, in dem sie sich heute gegenüber den sog. „begehrenden Massen“ befindet. Und alsdann würde ein Krieg der Diktatur vor einander anbrechen, bis der stärkere von ihnen den Sieg errungen hätte. Damit wäre die Despotie fertig. Das ist die alte Geschichte, die sich aber mit der zwingenden Logik der Weltgeschichte erneuern würde. Um nun dies letzte Ziel der Herrschaft immer sorgfältig zu verpöhlen, giebt es die bekannsten Mittel.

Man gehört vor Allem die stets gedrückte und erbärmliche Lage des Arbeiters, deren Verbesserung der Sozialdemokratie einzig und allein im Herzen liegt. Der Arbeiter wird überhaupt der sogenannten kleine Mann darf gar nicht zum Bewußtsein der Thatfache kommen, daß es ihm verhältnismäßig gut geht. Sein Wohlstand und seine Unzufriedenheit sind fast nur zu halten, denn wir abzuheben, ist ja die Sozialdemokratie da. Die Einen aus der Partei, die Leute der Mittelklasse, fördern ihre Wähler mit Bombast und Parolen, mit Derbeiten und Kraftausdrücken. Die Andern, die „Subtriten“, die Volkstrennen und Hochbegünstigten, zu deren Charakteristik wir unwillig Einiges sagen haben, kommen hingegen mit dem „mühenhaftigsten“ Eifer. Sie sind so sehr ihre Dastin beim Schafeln zu haben, in dem Dinst verlornt, beinahe die Geisteskranken, weil sie sich bemühen, vom Arbeiter zum „Gebildeten“ die Brücke zu schlagen. Und so verordend sind die Verpöhlungen beider Kategorien, daß davon nicht die einfache Wahrheit verläßt. Zur Steuer der Wahrheit sind dieser Tage wieder einmal Zahlen bekannt gemacht worden, die untere obere Behauptung von der weitestgehenden Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft gegen früher unüberwindlich beweisen. Darans ergibt sich einmal eine ganz wesentliche Verringerung im Laufe des letzten Jahrzehnts. Weiter giebt die preussische Einkommensteuer Statistik eine klare Erklärung der Einkommen von 900 bis 3000 Mk. per Jahr, woraus sich die erhöhte Beschäftigung der breiten Masse zu einer besseren Lebenshaltung ergibt. Die letztere erweitert sich denn auch in dem starken Mehrwertgewinn gewisser, gerade für den Ansturm der Menge in Frage kommenden Nahrungsmittel, wie Bier, Zucker, Kaffee, Reis, Weizen, Schweinefleisch. Gleichmäßig hat die Sparfähigkeit und Sparlust der unteren Klassen ebenfalls zugenommen. Alles das wird belegt durch sorgfältig ermittelte Zahlen, von denen erwünscht wäre, daß sie gegenüber den professionellen Unwahrheiten der Sozialdemokratie gerade der arbeitenden Bevölkerung einträglich klar gemacht würden.

moßen ausgesprochen: Nirgends in der Welt gäbe es eine Gegend unter dem 52. Breitengrade, wo man ohne Schutzgall Getreide mit Nutzen bauen könne. Die Folge sei schließlich gewesen, daß viel Land in Anhalt brach liege. Niemand aber könne diese Angelegenheit besser, ohne den Freihandel aufzugeben. Vielleicht äußern sich unsere Antizorgoll-Männer einmal über diese fadensüßliche Auslegung ihrer englischen Autorität.

*** Freisinnige Kaufmanngage.** Die „Vossische Zeitung“ schreibt anlässlich der Verhandlungen des Deutschen Landwirtschaftsrates das Folgende: Auf den Grafen Wilton, auf den Finanzminister v. Müllers, auf den Freiherrn v. Hammerstein, auf den Staatssekretär v. Bock, die allesemt dem Freisinn beizugehören, wurde ein Vozes bei das andere ausgedrückt. In der nächsten Woche findet die Jahresversammlung des Bundes der Landwirtschaft in dem Grafen Wilton im Ort GutsMuth, wo ein Herr v. Dieck-Daber unter dem Jubel der Mäuler ausrief: „Die Minister können uns sonst was, diese...“ So ändert sich die Zeiten. Für die Vertreter der Landwirtschaftspolitik aber ist die Rede des Grafen Wilton ein neuer Anlaß, sich fest und innig zusammenzuschließen und dem GutsMuthung die Freisinnigkeit gegen die Agrarier mit Nachdruck zu führen, nicht nur gegen die Rechte, sondern auch gegen den Reichstanzler und alle seine Gesellen, sofern sie mit ihr gemeinsame Sache machen.

Wenn das der „Reichstanzler und seine Gesellen“ lesen, wird ihnen der Schreck in alle Glieder fahren.

*** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion macht mobil.** In der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Aufruf an das „werthvolle Volk“, um nach der Parteiführung Anweisung — den „Sturm“ gegen die Getreideerhöhung, was er noch nicht erlitt worden ist“, hervorzurufen. Männer und Frauen sollen sich daran beteiligen, die „Agrarier“ zu Bahren zu treiben. Massenverlamplungen — natürlich in sozialdemokratischen Hochburgen — sollen abgehalten, Massenpetitionen fabriziert werden. Man wird mit allen Mitteln des bekannsten sozialdemokratischen Verordens darauf hinarbeiten, daß die Verlamplungen möglichst gut besucht und die Petitionen möglichst zahlreich unterzeichnet werden. Nun erst werden die Freiändler den Vozes dafür erhalten, daß sie handhaft und treu die sozialdemokratischen Interessen verpöhlen haben.

Allein wir lesen dieser neuesten Aktion der „Genossen“ nicht nur mit großem Gleichmuth, sondern sogar mit einer gewissen Befriedigung entgegen; denn dadurch wird der unüberbrückbare Gegenlaß zwischen den staatsverhaltenden Elementen und der radikalen Linken auf das Klarste zum Ausdruck gebracht. Es ist ja nachgewiesen, daß die Sozialdemokratie, wozern sie das Vozes der Arbeiter wirklich vertreten wollte, schon jählich gelommen sein müßte. März wäre und viele Hoffen haben sich demnach ausgesprochen. Aber wie März aus politischen Gründen sich schließlich zum Freihandel zugewandt hat, weil er darin ein Mittel sah, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung an zu untergraben, so bekennen sich auch heute die „Genossen“ zum Freihandel, um zunächst den feilen Damm, der sich ihnen Einbringen auf dem Wege entgegenstellt, zu erschüttern, weil sie hoffen, durch den Ninn der Landwirtschaft den Kleinsten zu „polenarisieren“. Diese Verordnungen werden nun durch den sozialdemokratischen „Sturm“ vor aller Welt zum Ausdruck gebracht, und daß der Freisinn hierbei gute Dienste leistet, wird im Vozes nicht vergessen werden.

*** Verlobung des Kronprinzen?** Der Londoner „Daily Chronicle“ behauptet, ein Mitglied des Kabinetts habe erklärt, daß wahrscheinlich in kurzer Zeit die Verlobung des deutschen Kronprinzen mit der Prinzessin von Battenberg veröffentlicht werden soll.

Diese Meldung des englischen Vozes, die offenbar eine Wiederholung eines schon früher aufgetauchten Gerüchtes ist, konnte sich nur auf die Prinzessin Alice, die 1885 in Windsor geheiratete Tochter des Prinzen Ludwig von Battenberg und der Prinzessin Victoria von Hessen, beziehen. Die Verantwortung für die Richtigkeit der Nachricht wird natürlich bei uns Weiteres dem „Daily Chronicle“ überlassen bleiben, besonders glaubwürdig erhebt die Meldung jedenfalls nicht.

*** Der Großherzog von Oldenburg** leidet nach dem Bulletin Dresdener Vozes an einem Bronchialkatarrh. Sein Zustand wird dadurch nicht verschlimmert.

*** Die Theaterzergen** ist nun auch in Deutschland einflussreiche Bühnenleiter, wie Graf Godeberg, Frey, v. Borsell, Dr. Büchlin u. A. angehören. Bei der Festhaltung über eine an die preussische Regierung abzuführende Eingabe um Unterstellung des Theaterwesens unter das Kultusministerium kam der Anstoß zu der Ueberzeugung, daß ein Reichstheatergesetz erlassen werden müßte. Inzwischen aber sei eine durchgreifende Änderung des Jenenwesens anzustreben. Zu diesem Zweck hat, wie wir der „Voss. Ztg.“ entnehmen, der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Tempelen, mit Zustimmung des Ausschusses der Generalversammlung folgenden Beschlusses entwurf vorgelegt: Dem künftigen Reichstagskultusministerium werde es nach, als Präsident und Namens des Deutschen Bühnenvereins, nachfolgendes Vozesung gemacht zu unterbreiten. Es handelt sich um die künftige Gestaltung der Theaterzergen. Svar gehen die

Wünsche des Bühnenvereins bedeutend weiter, auf eine reichsrechtliche Ordnung nämlich des gesamten Theaterwesens für das Deutsche Reich. Bis dahin aber beizubehalten wir uns in dem Vozes, daß es dem künftigen Reichstagsministerium gelte, unter Theaterzergen, entsprechend der Höhe, die darstellende Kunst gegenwärtig in der allgemeinen Schätzung einnimmt, und in Rücksicht darauf, daß gerade die Kunst unter den heutigen Verhältnissen des Vozes einen sehr hohen, gleich den lebenden Künsten und deren Vozes, von der bloß politischem Beeinflussung und Beeinträchtigung zu machen und es dem Reichstagsministerium zu unterstellen. Nun erkennen wir freilich sehr wohl, daß es zu dieser Stellung vorerst der Schaffung eines umfassenden Theatergesetzes bedarf, und wir werden daher erst später, wenn diese Vozesung erfüllt ist, unteren Gesicht bestimmter Ausdruck geben. Nun auf die die dringende Frage der Theaterzergen gehen wir uns schon jetzt die Aufmerksamkeit des hohen Reichstagsministeriums ganz besonders hinwenden. Die im Deutschen Bühnenverein vertretenen Bühnenleiter sind sich einig darüber, daß aus praktischen Gründen und aus Interesse einer geregelten Theaterzergen die Vozesung der Theaterzergen möglichst zur Bühnenkunstlich, Wohl aber erachtet es richtig, um mancherlei unangenehm Verordnungen zu vermeiden, die durch einen aus literarischen und künstlerischen Gesichtspunkten zu erziehen. Und die Berufung dieser Persönlichkeiten möchte, so wünschen wir, vom Kultusministerium aus erfolgen. Andersens aber müßte vorläufig, bis ein Decretum für Theaterzergen ergehen in Kultusministerium besetzt sein wird, das Recht des Anstems mit dem des Kultus bis ins Verordnen legen, um die Frage der Zusammenfassung, der Leitung und der Verantwortlichkeit des Theaters gemeinsam zu regeln. Das ist, was wir zur Zeit ehestens erachten — als einen ersten Schritt zum Weiter erziehen, der Würde unserer Kunst und unterer Künster angemessen wäre.

Diese Ausführungen finden von der eben ergriffenen und unerschütterlichen Eingabe des hohen GutsMuthung in der wohlthunendsten Weise ab. Man fand sich mit ihnen im Großen und Ganzen einverstanden erklären und darf erwarten, daß sie bei der hohen Bedeutung, die dem Bühnenverein im deutschen Reichlande zukommt, Gehör finden.

*** Der „verurtheilte“ Freisinn.** Die „Freisinnige Zeitung“ hält sich darüber auf, daß der Abg. Dr. Fzmer den Reichstagen Antrag zum preussischen Justiztag, worin die Erwartung ausgesprochen war, daß bei Trennung von Notaren das Gesamtinteresse der Bevölkerung nach Wahrung der Verfassung zur Geltung komme, durch Einfügung der Worte „wie bisher“ verurtheilt habe. Das Richterliche Organ ist aber nicht gerathen. Dr. Barth war es, der den Freisinn „verurtheilt“ hat, indem er — wie ichon bei dem letzten Reichstagsantrag — Regierung wie Mehrheitspartei trennen wollte. Es war ein ausgezeichneter Einfall, daß die künftige Arbeit des Freisinn durch Abg. Dr. Fzmer auf so einfache Weise verurtheilt wurde. Vielleicht läßt künftig Dr. Barth das „Frontiren“, das ihm und dem Freisinn schon gewiss so übel bekommen ist,

*** Aufschüsse an die Staatsbahnen.** Eine Entscheidung der allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme von Staatsanleihen in die Staatsanleihen an die Staatsbahnen von Berlin der Eisenbahndirektionen Halle a. S., Magdeburg a. S. der Minister d. öffentlichen Arbeiten durch Graf v. d. M. eintraten. Bisher war nämlich der Eisenbahnenhaltung das Recht vorbehalten, die Anleihe selbst entgegen zu geben, jedoch nur zur Menge des eigentlichen Vozes, oder theilweise gegen die Haltung des Vozes. Dies in der Gegenwart zu machen. Es eras sich heraus für den Anleihehalter unter Umständen die Verpflichtung, auch das zur Anleihehaltung verwendete Vozes an die Eisenbahnenhaltung zu Eigentum zu erwerben. Mit Rücksicht auf die hergegen ererbten Vozes hat nun der Minister den in Reichstagskommisionen 22 der Bedingungen in so fern geändert, daß in den Vozes um die Eisenbahnenhaltung zur Erreichung der Anlage die Worte eingefügt sind, „soweit sie (die Anlage) auf ihre eigenen (d. i. der Eisenbahnenhaltung) Gelände liegt.“ Die Eisenbahndirektionen sind angewiesen, von den verordnen Bedingungen auf Grund des bisherigen Vozes der Bedingungen seinen Gebrauch zu machen und ermächtigt, daß sich deren Gelegenheit die neue Bestimmung auf bestehende Vozes zu übertragen.

*** Zur Errichtung einer Berliner Handelskammer.** Das Komitee zur Durchführung der Hundfrage betri. die Handelskammer für Berlin hat nunmehr die Zusammenstellung der englisch an der Abstimmung beteiligten Firmen und ihre Organisation nach einzelnen Geschäftszweigen vorgenommen. Es stimmten von 1937 Befragten gegen die Errichtung 875 hundert berechtigte handelsrechtlich eingetragene Firmen, für die Errichtung 10444. Die Zusammenstellung ist dem Handelsminister und dem Abgeordnetenhause überreicht worden als Material zu dem an den Minister gerichteten Antrage, die Errichtung einer Handelskammer in Berlin zu genehmigen.

*** Arbeitervereinigungen und Sozialdemokratie.** Die sozialdemokratischen Agitatoren pflegen einzeln in Arbeit zu stellen, daß die sozialdemokratische Partei eine lange Reihe von Arbeitervereinigungen und ähnlichen Vereinen in den Dienst der sozialdemokratischen Agitation stellt. Gegenüber solchen Abteilungen überlassen verdient ein unwillkürliches Gefühl aus. Die in die Vereine selbst Abteilungen selbst eingetribt wurde das in Rede bestehende Zeugnis auf der letzten Generalversammlung des Arbeitervereinigungsverbandes von Dresden und Umgebung. Nach dem in einem schließlichen Sozialistenblatt abgedruckten Geschäftsberichte des Bundes hat letzterer nicht nur in der üblichen Weise zur Mitarbeiter mitgewirkt, sondern auch der Partei, sowie den Genossenschaften gegenüber seine Pflichten durch geschlossenen Mitwirken, sowie durch das Mitwirken der ihm angehörenden Vereine der Partei- und

Deutsches Reich.

Halle a. S., 12. Februar.

*** Ein Freiändler über die Nothwendigkeit landwirtschaftlicher Schutzgall.** Lord Salisbury hat sich bereits im Dezember 1891 über die Getreidefrage folgendermaßen

Landchaft der Provinz Sachsen.

Die von 32 Grundbesitzern der Provinz Sachsen unterzeichnete, von der Firma Ernst Haasengier & Co. hier veröffentlichte Verichtigung und die Erklärung dieser Firma in Nr. 43 dieser Zeitung zwingt uns zu nachstehender Bekanntmachung:

Unser Aufschreiben vom 28. Dezember 1900 ist an die in Betracht kommenden Mitglieder der Landchaft, zu welchen übrigens keiner der Herren Unterzeichner der gedachten sogenannten „Verichtigung“ gehört, in verlässlichen Umständen versandt worden. Der Veröffentlichung dieses Aufschreibens in der Presse sehen wir völlig fern; zu einer solchen lag für uns auch keine Veranlassung vor, weil die Angelegenheit nicht einmal die Mitglieder der Landchaft selbst, geschweige denn die Öffentlichkeit überhaupt interessiert.

Die 32 Herren Unterzeichner der gedachten sogenannten „Verichtigung“, von welchen einer bei uns unbekannt ist, 26 aus der Landchaft ausgeschieden sind und fünf die Rückumwandlung ihrer dreiprozentigen Pfandbriefschulden in eine vierprozentige durch Vermittelung der Firma Ernst Haasengier & Co. bereits durchgeführt haben, sind durch den Inhalt unseres erwähnten Aufschreibens gar nicht berührt, haben also daran, ob die Landchaft die von der genannten Firma in Anregung gebrachte Umwandlung dreiprozentiger Pfandbriefdarlehne in vierprozentige im Wege der Reiterneuerung unterstützt oder nicht, kein persönliches Interesse. Ferner enthalten die Auslassungen dieser Herren Unterzeichner eine „Verichtigung“ unseres an Mitglieder der Landchaft gerichteten obenangeführten Aufschreibens überhaupt nicht. Der Inhalt dieses Aufschreibens geht aus dessen Inhalt klar hervor, denn es ist in demselben ausdrücklich hervorzuheben, daß die Art und Weise, in welcher diese Umwandlung von der bezeichneten Firma empfohlen worden ist, den Eindruck hervorgerufen habe, als ob solche Umwandlungen im Sinne der Landchaftsmitglieder wären, und daß die Mitteilung auf besonderen Wunsch aus dem Kreise der Landchaftsmitglieder erfolge. In dem Schreiben wird jedoch vor der Umwandlung dreiprozentiger Pfandbriefdarlehne in vierprozentige, einem Geschäfte, genannt, dessen „augenblicklicher Gewinn“ in keinem Verhältnis zu der dauernden höheren Belastung stehen würde. Daß in Augenblick ein Nutzen zwischen dem Kurs der 3% Pfandbriefe (etwa 84%) und dem Nennwert der im Grundbuche eingetragen Pfandbriefdarlehne als Ueberschuß bezeichnet werden; denn wer zu rechnen versteht, kann sich nicht darüber täuschen, daß

1. die mit der Rückumwandlung verbundenen Kosten — mindestens: Zinsen für das zur Tilgung der 3% Pfandbriefschuld erforderliche Kapital u. U. auch Vorlaufprovision, Börsen- und Bankerspesen sowie Stempel für den Ankauf der 3% Pfandbriefe, Kosten für die zur Umänderung der Pfandbriefespost im Grundbuche erforderlichen Urkunden und für diese Umänderung selbst, Reichssteuerabgabe und Herstellungskosten für die neu auszufertigenden 4% landchaftlichen Central-Pfandbriefe, Börsen- und Bankerspesen, sowie Stempel für deren Verkauf

2. den erstrebten augenblicklichen Gewinn nicht unwesentlich verringern;
3. die nach der Durchführung der Rückumwandlung die Jahreszahlung des Schuldners sich dauernd erhöht, und zwar um ein Prozent abzüglich des Zinsverlustes von dem wirklich erzielten Gewinn, so lange dieser überhaupt jenseitig angelegt wird,
4. die früher als Darlehensanwärtler empfangenen 3% Pfandbriefe mehrere Prozent unter dem Nennwert — bei der zum 1. Januar 1896 durch Vermittelung eines Bankkonkordats erfolgten Konvertierung der dreieinhalbprozentigen Pfandbriefdarlehne in dreiprozentige unter Berücksichtigung der Kosten zu rund 95% vermerkt worden sind, und der durch die Zinsersparnis noch nicht gedeckter Fehlbetrag gegenüber dem Nennwert vorweg in Abzug zu bringen ist;
5. auch das bisher angelaufene Guthaben am Tilgungsfonds bei der Umwandlung mitverwendet wird.

Wer dies Alles berücksichtigt, wird zu dem Ergebnis gelangen, daß von einem „beachtenden Nutzen“ aus der Rückumwandlung dreiprozentiger Pfandbriefdarlehne in vierprozentige nicht die Rede sein kann, daß im Gegenteil unter allen Umständen eine Mehrbelastung entsteht, welche, auf die ganze Dauer der Tilgungszeit berechnet, den augenblicklichen Gewinn sogar beträchtlich übersteigt.

Nicht minder müssen wir bei der Auffassung beharren, daß die in Anregung gebrachte Umwandlung dreiprozentiger Pfandbriefdarlehne in vierprozentige durchaus nicht dem Wesen und dem Zwecke des von den landchaftlichen Kreditinstituten vermittelten Realcredits entspricht. Dem Wesen und Zweck der landchaftlichen Beleihung besteht hauptsächlich darin, zur Erhaltung des Grundbesitzes und zur Förderung des ländlichen Realcredits den Mitgliedern der Landchaft unfähigere amortisierbare Darlehne zu einem festen, möglichst geringen Zinssatze zu gewähren. Diesem Wesen und Zwecke des landchaftlichen Realcredits würde es aber zuwiderlaufen, wenn den Grundbesitzern zu Gunsten eines vorübergehenden persönlichen Vorteils die dauernde Mehrbelastung ihres Vermögens seitens der landchaftlichen Kreditinstitute selbst erleichtert würde, und diese wäre der Fall, wenn diese Institute jetzt ohne Weiteres die Rückumwandlung dreiprozentiger Pfandbriefdarlehne in vierprozentige unterstützen würden. Im Hintergrunde steht dabei — worauf die Firma Ernst Haasengier & Co. auch in einem uns vorliegenden, an ein Mitglied der Landchaft gerichteten Schreiben ausdrücklich hinweist — die Hoffnung auf eine Wiederholung der Umwandlung des Darlehens in ein geringeres verzinntes. Mit einer solchen Wiederholung der Umwandlung würde eine Verunwürdigung des Marktes und der Pfandbriefinhaber verbunden sein, und berartige der Charakter der Spekulation tragenden Geschäfte sind geeignet, das Ansehen der Landchaft und die Verlässlichkeit der landchaftlichen Pfandbriefe, sowie den Kurs der Pfandbriefe zum Nachteil her in die Landchaft neu eintretenden Grundbesitzer zu beeinträchtigen. Wenn wir trotzdem die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eingegangenen Umwandlungsanträge nicht von vornherein zurückgewiesen haben, so hatte dies lediglich darin seinen Grund, daß das Landchaftsstatut uns damals noch eine geeignete Handhabe zu einem Widerstande bot. Nachdem uns solche durch den in der Juni vorigen Jahres von der Generalversammlung einstimmig beschlossenen V. Statutenantrag, welcher im Herbst vorigen Jahres in Kraft getreten ist, gewährt worden ist, halten wir es für unsere Pflicht, sowohl im Interesse der Landchaft und ihrer Mitglieder, als auch der Pfandbriefinhaber von diesen Mitteln ausgiebigen Gebrauch zu machen, um derartigen, oft genug nur Spekulationszwecken dienenden und den Pfandbriefkredit leicht schädigenden Bestrebungen mit aller Entschiedenheit zu begegnen.

Unrichtig ist die Behauptung der Herren Unterzeichner, daß wir uns „in direkten Gegensatz zu so vielen anderen Landchaften gestellt hätten, welche das Umwandlungsgeschäft sogar in großem Maßstabe betreiben resp. fördern.“ Denn — wie eine Umfrage bei den übrigen landchaftlichen Kreditinstituten ergeben hat — befinden wir uns mit unserer dargelegten Auffassung in völliger Uebereinstimmung mit den anderen landchaftlichen, insbesondere mit den zur Centrallandchaft verbundenen Kreditinstituten, welche solche Rückumwandlungen nicht nur nicht gefördert, sondern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft haben. Soweit jedoch die statutarischen Bestimmungen die Durchführung der Rückumwandlung nicht verhindern oder wesentlich erschweren, haben bei zwei von den Herren Unterzeichnern benannten Landchaften, nämlich der Schlesischen und Oldenburgischen, aber nicht der Schleswig-Holsteinischen — Rückumwandlungen in nicht unerheblichem Umfange stattgefunden. In diesen sind bereits Schritte unternommen worden, welche eine statutarische Einschränkung der Möglichkeit zur Rückumwandlung begründen. Der Verstand der unterzeichneten Direction gegen derartige Rückumwandlungen beruht daher weder bei, wie oben dargelegt, persönlich gar nicht interessierten Herren Unterzeichnern der sogenannten Verichtigung noch die Firma Ernst Haasengier & Co. zu dem mittels der erwähnten Verichtigung und Erklärung erhobenen Protest. Der weitere Inhalt unseres eingangs erwähnten Aufschreibens an einen Theil der Mitglieder der Landchaft darf dazu ebensowenig Veranlassung. Denn dessen durch das nachgenannte Festhalten:

„Die in Anregung gebrachte Umwandlung mag zwar den Interessen des sich anbietenden Vermittlers dienen, entspricht aber nicht dem Wesen und dem Zwecke des von den landchaftlichen Kreditinstituten vermittelten Realcredits“

berührt weder die daraus von der Firma Ernst Haasengier & Co. entnommene Auffassung, diese sei behauptet worden, daß diese Firma — in subjektiver Hinsicht — „nur ihre eigenen Interessen ins Auge“ gefaßt habe, noch deren Annahme, daß die Tendenz des Aufschreibens nur zu geeignet und darauf berechnet sei, nicht nur in den beteiligten, sondern auch der Sache fern stehenden Kreisen das Ansehen her — von uns überhaupt nicht genannt — „Firma Ernst Haasengier & Co. herabzuwürdigen und zu schädigen.“ Denn uns konnte und kann es nur darauf ankommen, Bestrebungen abzuwehren, welche mit unserer Aufgabe, den ländlichen Realcredit zu fördern, im Widerspruch stehen, und es ist dabei für uns gar gleichgültig, von welcher Seite solche Bestrebungen ausgehen. Was die bezeichnete Firma aus für die Mitglieder der Landchaft die angereizte Rückumwandlung für vortheilhaft halten, so würde sie doch in unmaßiger Weise die einträglicher Weise die Anregung zu einem solchen Geschäfte aus einer Geschäfts-Gewinn schwerlich gegeben haben. In unseren Aufschreiben ist nirgends bestritten, daß die Firma Ernst Haasengier & Co., wie in der sogenannten „Verichtigung“ betont wird — mehrere Millionen Mark dreiprozentiger Pfandbriefdarlehne bei uns zur Rückzahlung gebracht hat. Denn sie hat bereits im Jahre 1897, als der Kurs der 3% Pfandbriefe auf etwa 91% gewichen war, Mitgliedern der Landchaft die Rückzahlung ihrer 3% Pfandbriefschuld als vortheilhaft empfohlen, an Stelle des Pfandbriefdarlehens die Verpfändung „anderer Institutsgelder zu günstigen Bedingungen“ angeboten und diese Thätigkeit mit dem oben erwähnten Erfolge fortgesetzt. Die bei der Landchaft durch Einlieferung von Pfandbriefen seitens der genannten Firma eingetragene Hypothekensumme ist nach dem obigen in voller Höhe auf einen anderen Gläubiger, insbesondere auf Sparbanken zu einem höheren Zinssatze übergegangen. Seit dem Augenblicke, wo auf dem Hypothekenmarkte die bisherigen Quellen für Ersatzdarlehne zu versagen begannen, hat die genannte Firma namentlich die mehrerwähnte Rückumwandlung 3% Pfandbriefdarlehne in vierprozentige nahe gelegt. In beiden Fällen geschah diese Empfehlung zum Theil dadurch, daß die betreffenden Mitglieder der Landchaft in ihren Wohnorten von einem Angestellten der genannten Firma aufgesucht worden sind. Wie früher, so würden wir auch jetzt die an Mitglieder der Landchaft in ihren Wohnorten mündlich ersonnenen Rathschläge der Firma Ernst Haasengier & Co. nicht beachtet haben, weil es nicht unsere Sache ist, zu prüfen, ob die Art solcher Empfehlungen angemessen ist und insbesondere, ob solches Aufsuchen, soweit es ohne vorgängige Befragung geschieht, mit den Bestimmungen der §§ 56a Ziffer 2, 148 Ziffer 7a der Reichsgemeindeordnung im Einklange steht.

Aber nicht aus dem Kreise der Landchaftsmitglieder geäußerten Wunsch, den in Betracht kommenden Mitgliedern der Landchaft unsere Stellung zu diesem persönlichen Einwirken zur Normalform der Rückumwandlung und dem dabei hervorgerufenen Eindruck, als ob solche Umwandlung im Sinne der Landchaft sei, kundzugeben, konnten wir nach pflichtgemäßem Ermessen nicht unberücksichtigt lassen, und zwar um so weniger, als in Zukunft mit der Durchführung der mehrerwähnten Rückumwandlungen unabsehbare Vermögensnachteile verknüpft sein würden.

Auf mehrfache an uns gerichtete Anfragen haben wir sowohl als die landchaftliche Bank der Provinz Sachsen schon im Sommer vorigen Jahres von den in Rede stehenden Umwandlungen dringend abgerathen, und von uns im Frühjahr 1900 bereits vorgelegte Entwurf für der obgedachten Statutenänderung bewerkte gerade die Schaffung der Möglichkeit, spekulativen Gestalten mit Erfolg entgegenzutreten, ein Standpunkt, welcher in der im Sommer vorigen Jahres stattgefundenen Sitzung den Centrallandchaftsadministration einstimmige Billigung gefunden hat. Danach bedarf es keines näheren Eingehens auf den von den Herren Unterzeichnern der sogenannten Verichtigung gegen uns erhobenen Vorwurf, daß es sich augenscheinlich nur um Konfurrenz handle. Wie die Landchaft als solche, die bezeichnend seine Erwerbsgegenständlichkeit ist, mit der genannten Firma in Konfurrenz treten kann, ist uns unerfindlich. Was die landchaftliche Bank angeht, so hat diese — wie oben erwähnt — schon im Sommer vorigen Jahres von den fraglichen Rückumwandlungen ebenfalls überall abgerathen, und zwar ohne Rücksicht auf den ihr dadurch etwa entgehenden Gewinn. Sie hat allerdings in einem an die Landchaftsmitglieder gerichteten Schreiben, welches der betreffende Grundbesitzer zu seinem nachträglich ausgesprochenen Reducieren der Firma Ernst Haasengier & Co. zugänglich gemacht hat, die Vermittelung landchaftlicher Transaktionen und zwar mit vollem Recht als eine ihrer Hauptaufgaben bezeichnet, aber in nicht missverständlicher Weise nur für den Fall, daß eine solche Transaktion nach Lage der Verhältnisse überhaupt empfehlenswert sei. Gleichzeitig ist seitens der Bank aber ausdrücklich vor der Durchführung solcher Rückumwandlungen gewarnt worden. Wenn sie dabei ihre Verwunderung darüber ausgedrückt hat, daß der betreffende Grundbesitzer ohne vorgängige Rückfrage bei ihr die Vermittelung einer landchaftlichen Transaktion der Firma Ernst Haasengier & Co. übertragen habe, so lag dazu insofern volle Veranlassung vor, als derselbe bei der landchaftlichen Bank, ohne Rücksicht zu machen, einen Kredit in laufender Rechnung zu den den Mitgliedern der Landchaft eingeräumten günstigen Bedingungen in Anspruch genommen und auch anderweitig bei der Bank großes Entgegenkommen gefunden hatte.

Nach Vorstehendem stellen wir fest, daß nicht wir, sondern die Firma Ernst Haasengier & Co. zuerst den Weg der Öffentlichkeit betreten hat, mozu — wie jeder anerkennen wird — der Inhalt unseres oben angeführten, an Mitglieder der Landchaft verschlossen übergebenen Aufschreibens keine Veranlassung gab.

Halle (Saale), am 9. Februar 1901.

Die Direktion der Landchaft der Provinz Sachsen.

Druck und Verlag von Otto Ziehe Halle (Saale), Leipzigerstraße 87.

Bl. 2 Beilagen.

Tägliche Geschäfts-Notizen

Am 10. Februar 1893 erfolgte in Werniger ein Verhängnis das Leben eines der bedeutendsten Künstler, des Bildhauers Richard Wagner. Gestorben 1819 am 22. Mai in Leipzig...

Lehrstühle Stadtvorstandes-Entscheidung in Halle a. S.

Montag, den 11. Februar 1901, Nachmittags 4 Uhr. Vorstandsitzung: Geh. Rath Herr Dr. Dittenerberger, Schriftführer: Stadtrath Herr Billing.

1. Für die Rechnung über den Erweiterungsbau der Volkshochschule in der Hermannstraße, welche in Einzahlung und Ausgabe mit 182 750 M. 88 Pf. abgeschlossen, wurde Entlastung ausgesprochen. (Herr Herr Stadtrath Billing.)

Der Herr Abgeordnete führte aus, daß Halle nicht bloß Schul- und Handelsstadt, sondern auch ein höherer Bildungsstadt ist. Eine Erhöhung der Betriebspreise, wie die 'Karrerei' sie forderten, würde der Bevölkerung schwere Lasten bringen...

Die Halle'sche Gemeindeversammlung

— Für die Einzahlung des bei uns noch eingezahlten: Vaterländischer Freiworterschein 30,55 M. Die Sammlung der Halle'schen Zeitung hat somit insgesammt 3197,26 M. ergeben.

— Die Halle'sche Gemeindeversammlung hat am Montag, den 12. Februar 1901, Nachmittags 4 Uhr in der Halle'schen Schulhalle eine Sitzung abgehalten.

Halle'sche Nachrichten

Die 3. Welterversammlung der Danowerr-Kammer wird vom Vorlesenden am 5. März einberufen werden, da die Vorarbeiten, besonders die, die Regelung des Vermögensrechts...

Die Halle'sche Gemeindeversammlung hat am Montag, den 12. Februar 1901, Nachmittags 4 Uhr in der Halle'schen Schulhalle eine Sitzung abgehalten.

... von der Industrie, den Bauwesen und von den hauptsächlich in Gärten, Dörfern und Schloßern, vor Allem von der Landesbauwirtschaft, die diesen entscheidenden Tage allein ganz den Reich des Genusses blieben. ...

Table with 5 columns: Location (e.g., Berlin, Hamburg), Price, and Status (e.g., leicht, schwer). It lists various commodities and their market conditions.

Hamburg, 12. Febr., 9 Uhr 35 Min. Vorm. Maximum (775 mm) westlich von Island, Minimum (über dem finischen Meer) ...

Wetterbericht. W. Magdeburg, 12. Februar. Der Bericht vom 11. Februar, Abends. Die Depressions lagert heute über Westfalen, der höchste Druck ...

Letzte Draht- und Fernsprech-Nachrichten.

Petersburg, 12. Febr. Die Kommission zur Prüfung und Bekämpfung der Pest theilt mit, daß in zwei Orten der Steppe seit dem 24. Januar 26, 38, 136 Erkrankungen vorgekommen sind.

London, 12. Febr. Der „Standard“ meldet aus Kapstadt vom 11. Febr.: Meldungen von der Delagoa-Bai zufolge haben sich die Eingeborenen im Norden von Transvaal gegen die Buren erhoben.

London, 12. Februar. Aus Shanghai wird vom 11. Februar berichtet: Meldungen aus Hankow zufolge sind die Chinesen ein Streik über finanzielle Reformen eingeleitet.

Börsen- und Handelstheil.

Ausdruck der Banknoten zu Halle a. S. Börse vom 12. Februar 1901. Tabelle mit 3 Spalten: Zinsende, % und Genossenschaft.

Table with 3 columns: Zinsende (für, %), % and Genossenschaft. Lists various interest rates and exchange rates.

Table with 4 columns: Name der Beobachtungsstation, Standort, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur in Celsius. Lists weather observations from various stations.

Weiterbericht vom 12. Februar 1901, 9 Uhr 15 Min. Vorm. Tabelle mit 4 Spalten: Name der Beobachtungsstation, Standort, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur in Celsius.

Central-Stelle der Preussischen Landwirtschaftskammern. Bericht über den Getreideertrag im Reich für das Jahr 1900. ...

— Rheinische Gypsfabrikant Mannheim. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses der Rheinisch-Preussischen ...

— Badenischer Friedrich Hermann Kreibitz in Gießen. Schneidermeister Christian August Geier in Leipzig. ...

Wochenbericht über Butter und Schmalz von Gust. Schülze u. Sohn. Berlin C., 9. Februar 1901. ...

Wetterbericht. Magdeburg, den 12. Februar 1901. (Sig. Drehtbericht.) Morgens um 8 1/2 Grad. ...

Wetterbericht. Berlin, 12. Februar. Weizen Mai 160,50, Juli 162,50, Sept. 164,50. ...

Table with 2 columns: Name and Price. Lists various goods and their prices.

Table with 2 columns: Name and Price. Lists various goods and their prices.

— Köln, 11. Febr. (Schlachtstatistik) Schlacht 714 Ochsen, 579 Schweine und 7 Bullen, 1472 Schafe. ...

Central-Stelle der Preussischen Landwirtschaftskammern. Bericht über den Getreideertrag im Reich für das Jahr 1900. ...

Partial view of another page with text and tables.

Table with columns for location (e.g., Magdeburg, Weimar) and numerical values.

Table with columns for location (e.g., Braunschweig, Hamburg) and numerical values.

Table with columns for location (e.g., Rannheim, Hamburg) and numerical values.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a.S., Leipzigerstr. 10, Bitterfeld u. Delitzsch. An- u. Verkauf von Wertpapieren, Erlaßung von Coupons, Verzinsung von Geldanlagen, Conto-Corrent u. Wechsel-Verkehr etc.

Large table containing 'Coursnotierungen' (market quotations) for various stocks and bonds, including columns for stock names, prices, and exchange rates.

Strassfaden, 80000 Mk. Privatgelde, 10 Jahre unknüdbar.

Text describing the terms and conditions of the loan or investment offer.

Advertisement for B. J. Baer, Halle a. S., featuring '60000 Mark' and '150000 Mark' offers.

Advertisement for 'Pinol' medicine, describing its benefits for various ailments.

Advertisement for 'Haus-Zimmermann' (house carpenter) services.

Advertisement for 'Seldverlehr' (goldsmith) services.

Advertisement for '900000 Mark' investment or loan.

Advertisement for '800000 Mark' investment or loan.

Deponome-Gleiten-Stelle, Gebildete Dame, junger Mann.

Text describing a job opening or a personal advertisement.

Advertisement for 'Wir suchen Verkäuferinnen' (we seek saleswomen).

Advertisement for 'Herrn Schmolzer & Cie.' (Messrs. Schmolzer & Co.).

Advertisement for 'Ein Kinderfräulein' (a young lady).

Advertisement for 'Junge Damen' (young ladies).

Advertisement for 'Junges Mädchen' (young girl).

Advertisement for 'Sommerarbeiter' (summer workers).

Advertisement for 'KATON' (Katon).

Wohnung, Vermietungen, Martineberg 8, II.

Text describing a rental property or a room for rent.

Advertisement for 'Martineberg 8, II' rental property.

Advertisement for 'Wohnung' (apartment) for rent.

Advertisement for 'Martineberg 8, II' rental property.

Advertisement for 'Wohnung' (apartment) for rent.

Advertisement for 'Martineberg 8, II' rental property.

Advertisement for 'Wohnung' (apartment) for rent.

Advertisement for 'Martineberg 8, II' rental property.

